14. Muß der Beschluß, den Angeklagten vom Erscheinen in der Hauptverhandlung zu entbinden, auch beim Vorhandensein eines Zustellungsbevollmächtigten dem Angeklagten selbst zugestellt werden?
St.R.D. §§ 229 flg. 232.

I. Straffenat. Ur. v. 11. Juli 1910 g. F. u. Gen. I. 360/10.

I. Landgericht München I.

Aus den Gründen:

Der Revision ist zuzugeben, daß der Beschluß, durch den die Angeklagten vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden sind, dem Verteidiger als Zustellungsbevollmächtigten nicht

rechtswirksam zugestellt werden konnte. Nach dem Grundgedanken der Strafprozeßordnung soll eine Hauptverhandlung gegen einen Angeklagten in der Regel nur in seiner persönlichen Anwesenheit durchgeführt werden können (§§ 229 flg. St.P.O.). Einen der wenigen Ausnahmefälle behandelt die Bestimmung des § 232, wonach unter gewissen Voraussetzungen der Angeklagte vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden und in seiner Abwesenheit gegen ihn verhandelt werden kann. Solchenfalls dient in der Hauptverhandlung der Nachweis einer Erlassung des Beschlusses und seiner Zustellung an den Angeklagten (vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 15 S. 202, Bd. 29 S. 69) wesentlich dazu, die persönliche Gestellung des Angeklagten zu ersetzen. Die Berücksichtigung dieser prozeßrechtlichen Bedeutung der Zustellung eines nach § 232 St.P.O. erlassenen Beschlusses an den Angeklagten muß zu der Folgerung führen, daß die Zustellung nicht an einen Bevollmächtigten, sondern nur an den Angeklagten selbst geschehen darf, da nur so dem erwähnten Grundgedanken des Gesetzes gebührend Rechnung getragen wird, ähnlich wie bei dem in Entsch. des R.G.'s Bd. 19 S. 390 behandelten Falle der Zustellung eines in Abwesenheit des Angeklagten verkündeten Urteils. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß auch eine unter Umständen erforderliche, gesetzlich vorgesehene Ersatzzustellung (§§ 181 flg. St.P.O.) ausgeschlossen wäre.

Die Hauptverhandlung vom 22. April 1909 durfte daher gegen die Angeklagten mangels einer rechtswirksamen Zustellung des Beschlusses vom 13. November 1908 nicht stattfinden, und das dabei erlassene Urteil muß, da es auf dem Verstoße beruht, der Aufhebung unterliegen. . . .